



Brüssel, den 8. Januar 2015
(OR. en)

15880/1/14
REV 1

PUBLIC 169
INF 334

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Betr.:	MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES – JUNI 2014

Dieses Dokument enthält eine Aufstellung der vom Rat im Juni 2014 angenommenen Rechtsakte.^{1 2}

Es enthält Informationen zur Annahme von Gesetzgebungsakten, insbesondere

- das Datum der Annahme,
- die entsprechende Tagung des Rates,
- die Nummer des angenommenen Dokuments,
- die Fundstelle im Amtsblatt,
- die Abstimmungsregeln, die Abstimmungsergebnisse und gegebenenfalls die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Erklärungen für das Ratsprotokoll.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

² Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären der beiden Organe unterzeichnet wurden.

Ferner enthält es Informationen zur Annahme von Rechtsakten ohne Gesetzescharakter, die auf Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Dieses Dokument ist auch über die Website des Rates unter <http://consilium.europa.eu/documents/legislative-transparency/monthly-summaries-of-council-acts?lang=de> zugänglich.

Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente unter <http://consilium.europa.eu/documents/access-to-council-documents-public-register?lang=de> abgerufen werden.

Dieses Dokument dient ausschließlich zur Information – maßgebend sind nur die Protokolle des Rates. Diese sind über die Website des Rates unter <http://consilium.europa.eu/documents/legislative-transparency/council-minutes?lang=de> zugänglich.

3318. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION UND ENERGIE) vom 5./6. Juni 2014 in Luxemburg	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Schlussfolgerungen des Rates zum Thema Zwischenbewertung der Seeverkehrspolitik der EU bis 2018 und Ausblick auf 2020	10041/14
3319. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ UND INNERES) vom 5./6. Juni 2014 in Luxemburg	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Schlussfolgerungen des Rates zu multinationalen Modulen im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union	8216/14
Schlussfolgerungen des Rates zum Hyogo-Rahmenaktionsplan für die Zeit nach 2015: Risikomanagement zur Stärkung der Resilienz	9884/14
Schlussfolgerungen des Rates zur Prävention und Bekämpfung aller Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, einschließlich der Genitalverstümmelung	9543/14
Schlussfolgerungen des Rates zum Bericht 2013 der Kommission über die Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und zur Kohärenz zwischen internen und externen Aspekten des Schutzes und der Förderung der Menschenrechte in der Europäischen Union	10116/14
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 663/2014 des Rates vom 5. Juni 2014 zur Ersetzung der Anhänge A, B und C der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 über Insolvenzverfahren ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 4-16	9157/14
Schlussfolgerungen des Rates zu Terrorismus und Grenzsicherheit	9906/14

Schlussfolgerungen des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Integration von Drittstaatsangehörigen, die sich rechtmäßig in der Europäischen Union aufhalten	9905/14
Schlussfolgerungen des Rates zur Rückkehrpolitik der EU	9936/14
Mehrjähriger Aktionsplan für die europäische E-Justiz (2014-2018) ABl. C 182 vom 14.6.2014, S. 2-13	9714/14
2014/348/EU: Beschluss des Rates vom 5. Juni 2014 über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der Europäischen Union zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 40-41	8536/14
Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 10/2013 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel "Gemeinsame Agrarpolitik: Wurde die besondere Stützung gemäß Artikel 68 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates gut ausgestaltet und durchgeführt?"	9778/14 + ADD1
2014/361/EU: Beschluss des Rates vom 5. Juni 2014 über den im Namen der Europäischen Union im AKP-EU-Ministerrat zur Überarbeitung von Anhang IV des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens zu vertretenden Standpunkt ABl. L 177 vom 17.6.2014, S. 54-57	9515/14
Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Kommission, im Namen der Union einen Vorschlag zur Änderung der Anhänge des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wild lebenden Tierarten auf der elften Tagung der Vertragsparteienkonferenz vorzulegen	10036/14
Schlussfolgerungen des Rates zum Bericht über die Korruptionsbekämpfung in der EU	9969/14

3320. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 12. Juni 2014 in Luxemburg**GESETZGEBUNGSAKTE**

RECHTSAKT	DOKUMENT	ABSTIMMUNGSREGELN	ABSTIMMUNGSERGEBNIS
Beschluss Nr. 376/2014/EU des Rates vom 12. Juni 2014 zur Ermächtigung Portugals, in der autonomen Region Madeira auf die dort hergestellten und verbrauchten Rum- und Likörerzeugnisse sowie in der autonomen Region Azoren auf die dort hergestellten und verbrauchten Likör- und Branntweinerzeugnisse einen ermäßigten Verbrauchsteuersatz anzuwenden ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 1-3	9257/14	Einstimmigkeit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Beschluss Nr. 378/2014/EU des Rates vom 12. Juni 2014 zur Änderung der Entscheidung 2004/162/EG betreffend die Sondersteuer „octroi de mer“ in den französischen überseeischen Departements hinsichtlich ihrer Geltungsdauer ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 9-10	9261/14	Einstimmigkeit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Beschluss Nr. 377/2014 des Rates vom 12. Juni 2014 über die Anwendung der AIEM-Steuer auf den Kanarischen Inseln ABl. L 182 vom 21.6.2014, S. 4-8	9260/14	Einstimmigkeit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Beschluss des Rates über den im Namen der Europäischen Union in der Kommission für die Erhaltung und Bewirtschaftung weit wandernder Fischbestände im westlichen und mittleren Pazifik (WCPFC) einzunehmenden Standpunkt	10124/14 REV 1
Beschluss des Rates über den im Namen der Europäischen Union in der Kommission für die Erhaltung von Südlichem Blauflossenthun (CCSBT) einzunehmenden Standpunkt	10125/14
Beschluss des Rates über den im Namen der Europäischen Union in der Interamerikanischen Kommission für tropischen Thunfisch (IATTC) einzunehmenden Standpunkt	10126/14
Beschluss des Rates über den im Namen der Europäischen Union in der Fischereiorganisation für den Südostatlantik (SEAFO) einzunehmenden Standpunkt	10127/14
Erklärung der Kommission (zu allen vorgenannten Punkten) Die Kommission vertritt die Auffassung, dass nur der von ihr vorgeschlagene Artikel 43 Absatz 2 AEUV als genaue sachliche Rechtsgrundlage in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9 AEUV als verfahrensmäßiger Rechtsgrundlage geeignet ist, da Artikel 43 Absatz 2 AEUV auch die sachliche Rechtsgrundlage in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 6 Buchstabe a AEUV als verfahrensmäßiger Rechtsgrundlage für die Beschlüsse des Rates über den Abschluss internationaler Übereinkünfte zur Errichtung der jeweiligen regionalen Fischereiorganisationen (RFO) ist, in deren Rahmen Artikel 218 Absatz 9 relevant werden kann. Die Kommission erhält daher ihren Vorschlag aufrecht und kann der Änderung des Rates, mit der die Rechtsgrundlage von Artikel 43 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9 in Artikel 43 (ohne Erwähnung des Absatzes) in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9 geändert wurde, nicht zustimmen.	
Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Kommission, im Namen der Europäischen Union Verhandlungen über die Erneuerung des Protokolls zum partnerschaftlichen Fischereiabkommen mit Mosambik aufzunehmen	9784/14 9788/14 ADD1 REV 1 – Wortlaut der Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zum Eurojust-Jahresbericht 2013	8942/14

2014/364/EU: Beschluss des Rates vom 12. Juni 2014 über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss im Namen der Europäischen Union zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten zu vertretenden Standpunkt ABl. L 178 vom 18.6.2014, S. 11-13	8970/14
2014/365/EU: Beschluss des Rates vom 12. Juni 2014 zur Festlegung des im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zur Änderung von Protokoll 30 zum EWR-Abkommen über besondere Bestimmungen für die Gestaltung der Zusammenarbeit im Bereich der Statistik zu vertretenden Standpunkts ABl. L 178 vom 18.6.2014, S. 14-17	9184/14
Beschluss 2014/349/GASP des Rates vom 12. Juni 2014 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX KOSOVO ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 42-44	9573/14
Schlussfolgerungen des Rates zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt	10430/14
3321. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION UND ENERGIE) vom 13. Juni 2014 in Luxemburg	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Energiepreise und -kosten, Schutz gefährdeter Verbraucher und Wettbewerbsfähigkeit"	10225/14

3322. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI) vom 16./17. Juni 2014 in Luxemburg	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT
Schlussfolgerungen des Rates zum Bericht der Kommission über die Durchführung der Bestimmungen zu Erzeugerorganisationen, Betriebsfonds und operationellen Programmen im Obst- und Gemüsektor seit der Reform von 2007	10764/14
Schlussfolgerungen des Rates zur Zukunft des Milchsektors	10928/14
Beschluss des Rates vom 16. Juni 2014 zur Ernennung der Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrats der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit ABl. C 192 vom 21.6.2014, S. 2-3	9323/14
Verordnung (EU) Nr. 721/2014 des Rates vom 16. Juni 2014 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 219/2007 zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation (SESAR) im Hinblick auf die Verlängerung der Bestandsdauer des gemeinsamen Unternehmens bis 2024 ABl. L 192 vom 1.7.2014, S. 1-8	9391/14
Erklärung der Tschechischen Republik "Die Tschechische Republik unterstützt Initiativen zur Vollendung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation. Sie bedauert allerdings, dass mit der endgültigen Fassung der vorgeschlagenen Ratsverordnung die vereinbarte Verlängerung des Mandats des gemeinsamen Unternehmens SESAR überschritten wird, und betont, dass das überarbeitete Arbeitsprogramm des gemeinsamen Unternehmens, das der Verwaltungsrat Ende Juni 2014 billigen wird, ergänzt werden und sämtliche Tätigkeiten der Stufe 2 und der Stufe 3 des ATM-Generalplans abdecken muss."	

Verordnung (EU) Nr. 642/2014 des Rates vom 16. Juni 2014 zur Errichtung des Gemeinsamen Unternehmens Shift2Rail ABl. L 177 vom 17.6.2014, S. 9-33	9018/14 10357/14 ADD 1 – Wortlaut der Erklärungen
2014/370/EU: Beschluss des Rates vom 16. Juni 2014 zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der Bank Ċentrali ta' Malta/Central Bank of Malta ABl. L 180 vom 20.6.2014, S. 15-16	9295/14
Schlussfolgerungen des Rates zum Bericht des Europäischen Rechnungshofs "Direkte Finanzhilfe der Europäischen Union zugunsten der Palästinensischen Behörde"	10745/14
Schlussfolgerungen des Rates zur Dritten Konferenz zur Überprüfung des Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (Übereinkommen von Ottawa)	10568/14
2014/494/EU: Beschluss des Rates vom 16. Juni 2014 über die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits im Namen der Europäischen Union und über die vorläufige Anwendung dieses Abkommens ABl. L 261 vom 30.8.2014, S. 1-3	9154/14

2014/492/EU: Beschluss des Rates vom 16. Juni 2014 über die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits im Namen der Europäischen Union und über die vorläufige Anwendung dieses Abkommens ABl. L 260 vom 30.8.2014, S. 1-3	9155/14
2014/495/Euratom: Beschluss des Rates vom 16. Juni 2014 über die Zustimmung zum Abschluss des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits durch die Europäische Kommission im Namen der Europäischen Atomgemeinschaft ABl. L 261 vom 30.8.2014, S. 744-745	9827/14
2014/493/Euratom: Beschluss des Rates vom 16. Juni 2014 über die Zustimmung zum Abschluss des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits durch die Europäische Kommission im Namen der Europäischen Atomgemeinschaft ABl. L 260 vom 30.8.2014, S. 739-740	9828/14

Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits ABl. L 261 vom 30.8.2014, S. 4-743	17901/13
Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits ABl. L 260 vom 30.8.2014, S. 4-738	17903/13
2014/495/Euratom: Beschluss des Rates vom 16. Juni 2014 über die Zustimmung zum Abschluss des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits durch die Europäische Kommission im Namen der Europäischen Atomgemeinschaft ABl. L 261 vom 30.8.2014, S. 744-745	8440/14
2014/493/Euratom: Beschluss des Rates vom 16. Juni 2014 über die Zustimmung zum Abschluss des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits durch die Europäische Kommission im Namen der Europäischen Atomgemeinschaft ABl. L 260 vom 30.8.2014, S. 739-740	8442/14

3323. Tagung des RATES DER EUROPÄISCHEN UNION (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 19./20. Juni 2014 in Luxemburg

RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER

RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Frauen und Wirtschaft: Wirtschaftliche Unabhängigkeit auf Grundlage von Teilzeitarbeit und selbständiger Erwerbstätigkeit"	11050/14
Erklärung Maltas zu Nummer 33 Buchstabe d Im Hinblick auf mögliche künftige Arbeiten des Rates in Bezug auf Problembereiche der Aktionsplattform von Beijing bekräftigt Malta sein Recht, die Entwicklung von Indikatoren abzulehnen, aus denen in irgendeiner Weise irgendeiner Seite die Verpflichtung erwachsen könnte, Abtreibungen als legitime Form der reproduktiven Gesundheit oder reproduktiver Rechte anzusehen.	
Schlussfolgerungen des Rates über Wirtschaftskrisen und Gesundheitsversorgung ABl. C 217 vom 10.7.2014, S. 2-6	10463/14
Schlussfolgerungen des Rates zu Ernährung und körperlicher Bewegung ABl. C 213 vom 8.7.2014, S. 1-6	10122/14

Erklärung Italiens und Rumäniens

"Italien und Rumänien begrüßen die Schlussfolgerungen des Rates zu Ernährung und körperlicher Bewegung, insoweit mit ihnen bei Bürgern und Verbrauchern ein allgemeines Bewusstsein dafür geweckt werden soll, dass eine gesunde Ernährung und körperliche Bewegung erheblich zur Gesundheitsförderung und Verhütung von Krankheiten beitragen.

Was Nummer 50 betreffend "Nährwertprofile" (Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006) anbelangt, so dürfen nach Ansicht Italiens und Rumäniens "Nährwertprofile" nicht dazu führen, dass Lebensmittel in Kategorien eingeteilt und damit falsche Vorstellungen davon erzeugt werden, welcher Stellenwert ihnen im Rahmen einer ausgewogenen und vollständigen Ernährung einzuräumen ist. Eine von der EU genehmigte Liste mit "guten und schlechten Lebensmitteln" könnte viele traditionelle europäische Lebensmittel unangemessen diskriminieren, unter anderem wenn auf nationaler Ebene Ampel-Kennzeichnungen, Hinweise auf Gesundheitsgefährdungen, höhere Steuern und Werbebeschränkungen eingeführt werden, sobald eine Nährwertschwelle nicht erreicht wird.

Italien und Rumänien möchten die Kommission daher bitten,

- a) sorgfältig in Erwägung zu ziehen, dass Nährwertprofile den Verbrauchern nicht gerade helfen dürften, den Beitrag einzelner Lebensmittel und Getränke zur Gesamternährung zu verstehen, sondern vielmehr ein Pauschalurteil nahelegen, das zu einer Unterscheidung zwischen "schlechten" und "guten" Erzeugnissen führen und damit die freie und auf Kenntnis der Sachlage beruhende Entscheidung der Verbraucher in der EU beeinträchtigen könnte;
- b) sorgfältig zu prüfen, welche Folgen "Nährwertprofile" gegebenenfalls für den freien Warenverkehr von Lebensmitteln im EU-Binnenmarkt und für die Erhaltung der traditionellen regionalen Lebensmittel mit EU-Qualitätskennzeichnungen wie g.U. g.g.A. oder g.t.S. haben würden."

3324. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT UND FINANZEN) vom 20. Juni 2014 in Luxemburg	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Schlussfolgerungen des Rates zum Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)	10608/14
Beschluss des Rates zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Union in den einschlägigen Ausschüssen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa hinsichtlich der Vorschläge zur Änderung der UN-Regelungen Nr. 13, 13H, 14, 29, 44, 49, 51, 54, 75, 83, 90, 101, 106, 121, 127 sowie hinsichtlich des Entwurfs für die UN-Regelung über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung emissionsmindernder Einrichtungen zur Nachrüstung schwerer Nutzfahrzeuge und der UN-Gesamtresolution über Fahrzeugtechnik (R.E.3) zu vertreten ist	10592/14
Empfehlung für einen Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Kommission, im Namen der Europäischen Union Verhandlungen über den Abschluss eines nachhaltigen partnerschaftlichen Fischereiabkommens und Protokolls mit der Republik Liberia aufzunehmen	10175/14 10098/14 ADD 1 – Wortlaut der Erklärungen
2014/406/EU: Beschluss des Rates vom 20. Juni 2014 zur Aufhebung des Beschlusses 2010/407/EU über das Bestehen eines übermäßigen Defizits in Dänemark ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 71-72	10525/14
2014/407/EU: Beschluss des Rates vom 20. Juni 2014 zur Aufhebung des Beschlusses 2010/287/EU über das Bestehen eines übermäßigen Defizits in den Niederlanden ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 73-75	10527/14
2014/408/EU: Beschluss des Rates vom 20. Juni 2014 zur Aufhebung des Beschlusses 2010/290/EU über das Bestehen eines übermäßigen Defizits in der Slowakei ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 76-77	10529/14
2014/393/EU: Beschluss des Rates vom 20. Juni 2014 zur Aufhebung des Beschlusses 2010/283/EU über das Bestehen eines übermäßigen Defizits in Belgien ABl. L 186 vom 26.6.2014, S. 72-74	10536/14

2014/404/EU: Beschluss des Rates vom 20. Juni 2014 zur Aufhebung des Beschlusses 2010/282/EU zum Bestehen eines übermäßigen Defizits in Österreich ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 66-68	10518/14
2014/405/EU: Beschluss des Rates vom 20. Juni 2014 zur Aufhebung des Beschlusses 2010/284/EU über das Bestehen eines übermäßigen Defizits in der Tschechischen Republik ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 69-70	10521/14
3325. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN) vom 23. Juni 2014 in Luxemburg	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Schlussfolgerungen des Rates anlässlich des 10. Jahrestages der EU-Leitlinien betreffend den Schutz von Menschenrechtsverteidigern	10958/14
2014/419/EU: Beschluss des Rates vom 23. Juni 2014 über den von der Europäischen Union zu vertretenden Standpunkt im Gemischten Ausschuss, der gemäß dem Abkommen vom 22. Juli 1972 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft eingesetzt wurde, hinsichtlich der Ersetzung des Protokolls Nr. 3 dieses Abkommens über die Bestimmung des Begriffs „Erzeugnisse mit Ursprung in“ oder „Ursprungserzeugnisse“ und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen durch ein neues Protokoll, das hinsichtlich der Ursprungsregeln auf das Regionale Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln verweist ABl. L 196 vom 3.7.2014, S. 4-9	9959/14

2014/420/EU: Beschluss des Rates vom 23. Juni 2014 über den von der Europäischen Union einzunehmenden Standpunkt im Gemischten Ausschuss, der gemäß dem Abkommen vom 22. Juli 1972 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Island eingesetzt wurde, hinsichtlich der Ersetzung des Protokolls Nr. 3 dieses Abkommens über die Bestimmung des Begriffs „Erzeugnisse mit Ursprung in“ oder „Ursprungserzeugnisse“ und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen durch ein neues Protokoll, das hinsichtlich der Ursprungsregeln auf das Regionale Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln verweist ABl. L 196 vom 3.7.2014, S. 10-14	9962/14
2014/421/EU: Beschluss des Rates vom 23. Juni 2014 über den von der Europäischen Union einzunehmenden Standpunkt im Gemischten Ausschuss, der gemäß dem Abkommen vom 14. Mai 1973 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Norwegen eingesetzt wurde, hinsichtlich der Ersetzung des Protokolls Nr. 3 dieses Abkommens über die Bestimmung des Begriffs „Erzeugnisse mit Ursprung in“ oder „Ursprungserzeugnisse“ und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen durch ein neues Protokoll, das hinsichtlich der Ursprungsregeln auf das Regionale Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln verweist ABl. L 196 vom 3.7.2014, S. 15-20	9965/14
2014/390/EU: Beschluss des Rates vom 23. Juni 2014 über den im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten zu vertretenden Standpunkt ABl. L 184 vom 25.6.2014, S. 16-17	9624/14
Schlussfolgerungen des Rates zu Entführungen zwecks Erpressung von Lösegeld	10968/14
Schlussfolgerungen des Rates zu Thailand	11021/14
Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle des Privatsektors für die Entwicklung	10716/14

2014/394/EU: Beschluss des Rates vom 23. Juni 2014 über den im Namen der Europäischen Union zu vertretenden Standpunkt in dem mit dem Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Zentralamerika andererseits eingesetzten Assoziationsrat hinsichtlich der Annahme der Geschäftsordnung des Assoziationsrates und des Assoziationsausschusses, der Geschäftsordnung gemäß Titel X über Streitbeilegung sowie des Verhaltenskodex für Panelmitglieder und Vermittler, der Liste der Panelmitglieder und der Liste der Sachverständigen im Bereich Handel und nachhaltige Entwicklung ABl. L 186 vom 26.6.2014, S. 75-102	9304/14
Beschluss 2014/383/GASP des Rates vom 23. Juni 2014 zur Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Afghanistan ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 60-64	10183/14
Beschluss 2014/384/GASP des Rates vom 23. Juni 2014 zur Änderung des Beschlusses 2011/426/GASP zur Ernennung des Sonderbeauftragten der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 65-65	10184/14
Beschluss 2014/385/GASP des Rates vom 23. Juni 2014 zur Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Menschenrechte ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 66-69	10189/14

Durchführungsbeschluss 2014/382/GASP des Rates vom 23. Juni 2014 zur Durchführung des Beschlusses 2013/798/GASP über restriktive Maßnahmen gegen die Zentralafrikanische Republik ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 57-59	10103/14
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 691/2014 des Rates vom 23. Juni 2014 zur Durchführung des Artikels 17 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 224/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in der Zentralafrikanischen Republik ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 6-8	10104/14
Beschluss 2014/381/GASP des Rates vom 23. Juni 2014 zur Änderung des Beschlusses 2010/573/GASP betreffend restriktive Maßnahmen gegen die Führung der transnistrischen Region der Republik Moldau ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 56-56	9830/14
Beschluss 2014/380/GASP des Rates vom 23. Juni 2014 zur Änderung des Beschlusses 2011/137/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen ABl. L 183 vom 24.6.2014, S 52-55	8537/14
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 689/2014 des Rates vom 23. Juni 2014 zur Durchführung des Artikels 16 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 204/2011 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 1-2	8545/14
Verordnung (EU) Nr. 690/2014 des Rates vom 23. Juni 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 204/2011 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 3-5	9217/14
Verordnung (EU) Nr. 692/2014 des Rates vom 23. Juni 2014 über Beschränkungen für die Einfuhr von Waren mit Ursprung auf der Krim oder in Sewastopol in die Union als Reaktion auf die rechtswidrige Eingliederung der Krim und Sewastopols durch Annexion ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 9-14	10280/14 + COR 1

Beschluss 2014/386/GASP des Rates vom 23. Juni 2014 über Beschränkungen für Waren mit Ursprung auf der Krim oder in Sewastopol als Reaktion auf die rechtswidrige Eingliederung der Krim und Sewastopols durch Annexion ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 70-71	10278/14 + COR 1 + COR 2
Schlussfolgerungen des Rates zu Afghanistan	10873/14 REV 1
Schlussfolgerungen des Rates über das Konzept der Union zur verantwortungsvollen Beschaffung von Mineralien	11033/14
Durchführungsbeschluss 2014/387/GASP des Rates vom 23. Juni 2014 zur Durchführung des Beschlusses 2013/255/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Syrien ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 72-74	11061/14
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 693/2014 des Rates vom 23. Juni 2014 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 36/2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien ABl. L 183 vom 24.6.2014, S. 15-17	11062/14
2014/668/EU: Beschluss des Rates vom 23. Juni 2014 über die Unterzeichnung — im Namen der Europäischen Union — und die vorläufige Anwendung des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits hinsichtlich der Titel III (mit Ausnahme der Bestimmungen über die Behandlung von Drittstaatsangehörigen, die als Arbeitnehmer im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei legal beschäftigt sind) und der Titel IV, V, VI und VII des Abkommens sowie der diesbezüglichen Anhänge und Protokolle ABl. L 278 vom 20.9.2014, S. 1-3	11126/14

2014/669/EU: Beschluss des Rates vom 23. Juni 2014 über die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits im Namen der Europäischen Union hinsichtlich der Bestimmungen über die Behandlung von Drittstaatsangehörigen, die als Arbeitnehmer im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei legal beschäftigt sind ABl. L 278 vom 20.9.2014, S. 6-7	11127/14
Beschluss des Rates über den Abschluss, im Namen der Europäischen Union, des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits, mit Ausnahme der Bestimmungen über Drittstaatsangehörige, die legal als Arbeitnehmer im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei beschäftigt sind	13613/13 REV 3
Beschluss des Rates über den Abschluss des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits im Namen der Europäischen Union im Hinblick auf die Bestimmungen über die Behandlung von Drittstaatsangehörigen, die rechtmäßig als Arbeitnehmer im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei beschäftigt werden	14011/13 REV 2
2014/670/Euratom: Beschluss des Rates vom 23. Juni 2014 zur Genehmigung des Abschlusses des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits durch die Europäische Kommission im Namen der Europäischen Atomgemeinschaft ABl. L 278 vom 20.9.2014, S. 8-9	15622/13 REV 1

Schlussakte zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits hinsichtlich des Assoziierungsabkommens ABl. L 278 vom 20.9.2014, S. 4-5	11128/14
Schlussfolgerungen des Rates zur Ukraine	11252/14
Schlussfolgerungen des Rates zu Libyen	11103/14
Schlussfolgerungen des Rates zu Irak	11143/14
3326. Tagung der Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 24. Juni 2014 in Luxemburg	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Schlussfolgerungen des Rates zur integrierten Meerespolitik	10607/14
2014/415/EU: Beschluss des Rates vom 24. Juni 2014 über die Vorkehrungen für die Anwendung der Solidaritätsklausel durch die Union ABl. L 192 vom 1.7.2014, S. 53-58	10134/14 REV 1
Verordnung (EU) Nr. 729/2014 des Rates vom 24. Juni 2014 über die Stückelungen und technischen Merkmale der für den Umlauf bestimmten Euro-Münzen (Neufassung) ABl. L 194 vom 2.7.2014, S. 1-7	8950/14
2014/410/EU: Beschluss des Rates vom 24. Juni 2014 über die Aufnahme des automatisierten Austauschs von DNA-Daten mit Belgien ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 80-81	10472/14

2014/429/EU: Beschluss des Rates vom 24. Juni 2014 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union in dem mit dem Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Zentralamerika andererseits eingesetzten Assoziationsrat in Bezug auf die Aufnahme der im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien jeweils geschützten geografischen Angaben in Anhang XVIII zu vertreten ist ABl. L 197 vom 4.7.2014, S. 66-74	10851/14
2014/399/EU: Beschluss des Rates vom 24. Juni 2014 zur Festlegung des von der Europäischen Union im Allgemeinen Rat der Welthandelsorganisation zum Beitritt der Islamischen Republik Afghanistan zur Welthandelsorganisation zu vertretenden Standpunkts ABl. L 188 vom 27.6.2014, S. 66-67	9089/14
Erklärung der Kommission zu den Beschlüssen über den WTO-Beitritt der Islamischen Republik Afghanistan "Die Kommission begrüßt die Annahme des Beschlusses des Rates zur Festlegung des Standpunkts der EU, wonach der Beitritt der Islamischen Republik Afghanistan zur Welthandelsorganisation befürwortet wird. Die Kommission stellt fest, dass vorgeschlagen wird, dass hinsichtlich dieses Beitritts ein Beschluss der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu dem Standpunkt der Mitgliedstaaten in der Welthandelsorganisation einvernehmlich angenommen wird. Die Kommission weist darauf hin, dass es möglich gewesen wäre, einen EU-Beschluss anzunehmen, so dass ein entsprechender gesonderter Beschluss unnötig gewesen wäre."	
Erklärung Irlands "Die Bestimmungen des vorstehenden Beschlusses/der vorstehenden Beschlüsse bezüglich der vorübergehenden Präsenz natürlicher Personen zu Geschäftszwecken sind für Irland als Teil der Union nur bindend, wenn Irland mitgeteilt hat, dass es sich gemäß Protokoll Nr. 21 über die Position Irlands und des Vereinigten Königreichs hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts an dem Beschluss/den Beschlüssen beteiligen möchte. Irland wird dafür Sorge tragen, dass die vorübergehende Präsenz natürlicher Personen zu Geschäftszwecken gemäß den vorgenannten Bestimmungen gestattet wird."	
Erklärung des Vereinigten Königreichs "Die Bestimmungen des vorstehenden Beschlusses bezüglich der vorübergehenden Präsenz natürlicher Personen zu Geschäftszwecken sind für das Vereinigte Königreich als Teil der Union nur bindend, wenn das Vereinigte Königreich mitgeteilt hat, dass es sich gemäß Protokoll Nr. 21 über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts an dem Beschluss beteiligen möchte."	

Beschluss des Rates vom 24. Juni 2014 zur Festlegung des im Namen der Europäischen Union anlässlich der 25. Sitzung des OTIF-Revisionsausschusses zu bestimmten Änderungen des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) und seiner Anhänge zu vertretenden Standpunkts ABl. L 293 vom 9.10.2014, S. 26-33	10952/14 REV 2
Einseitige Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zur EU-Koordinierung der 25. Tagung des Revisionsausschusses der OTIF vom 25. – 27. Juni 2014: Die Bundesrepublik Deutschland vertritt die Auffassung, dass bezüglich der Änderungen der Anhänge B (ER CIM), D (ER CUV) und E (ER CUI) zum Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF 1999) keine EU-Kompetenz und daher keine Notwendigkeit einer Koordination einer EU-Position für die 25. Tagung des Revisionsausschusses der OTIF vom 25. – 27. Juni 2014 besteht. Die EU hat bislang von ihrer Rechtsetzungskompetenz auf den in diesen Anhängen geregelten Gebieten des privaten Transportrechts keinen Gebrauch gemacht. Daher können die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 AEUV ihre Zuständigkeiten weiter ausüben. Für die Fälle geteilter Zuständigkeit sieht Artikel 6 Absatz 2 der Vereinbarung zwischen der OTIF und der EU über den Beitritt der EU zum COTIF vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Änderungsprotokolls von Vilnius vom 3. Juni 1999 zudem ausdrücklich vor, dass die Mitgliedstaaten weiterhin auf diesen Gebieten ihr Stimmrecht eigenständig ausüben können. Deutschland widerspricht vorsorglich einer Abgabe der deutschen Stimme durch die EU-Kommission.	
Beschluss des Rates über den im Namen der Europäischen Union in der Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (CCAMLR) einzunehmenden Standpunkt	10840/14

Erklärung der Kommission

"Die Kommission vertritt die Auffassung, dass nur der von ihr vorgeschlagene Artikel 43 Absatz 2 AEUV als genaue sachliche Rechtsgrundlage in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9 AEUV als verfahrensmäßiger Rechtsgrundlage geeignet ist, da Artikel 43 Absatz 2 AEUV auch die sachliche Rechtsgrundlage in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 6 Buchstabe a AEUV als verfahrensmäßiger Rechtsgrundlage für die Beschlüsse des Rates über den Abschluss internationaler Übereinkünfte zur Errichtung der jeweiligen regionalen Fischereiorganisationen (RFO) ist, in deren Rahmen Artikel 218 Absatz 9 relevant werden kann.

Die Kommission erhält daher ihren Vorschlag aufrecht und kann der Änderung des Rates, mit der die Rechtsgrundlage von "Artikel 43 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9" in "Artikel 43 (ohne Erwähnung des Absatzes) in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9" geändert wurde, nicht zustimmen.

Erklärung der Kommission zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den im Namen der Europäischen Union in der Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (CCAMLR) einzunehmenden Standpunkt

"Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass der Rat die Aufnahme einer Bezugnahme auf "Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP)" in Artikel 1 des Vorschlags für einen Beschluss des Rates in Bezug auf Standpunkte billigt, die die Europäische Union auf der Jahrestagung der CCAMLR einnehmen sollte, sofern dieses Gremium rechtswirksame Beschlüsse zu erlassen hat.

Die Kommission ist jedoch der Ansicht, dass diese Formulierung unnötig ist, da Artikel 43 Absatz 2 AEUV über die GFP in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9 die Rechtsgrundlage bildet, die in dem Entwurf eines Beschlusses des Rates ausdrücklich genannt ist.

Darüber hinaus ist die Kommission unter Berücksichtigung des Beschlusses 81/691/EWG des Rates, mit dem die Europäische Gemeinschaft das Übereinkommen über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis geschlossen hat, der Ansicht, dass die Standpunkte, die die EU auf den Jahrestagungen der CCAMLR einnehmen sollte, sich auf Fragen erstrecken, die in den Zuständigkeitsbereich der Union für die Erhaltung der lebenden Meeresschätze fallen."

Verordnung (EU) Nr. 713/2014 des Rates vom 24. Juni 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1388/2013 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Zollkontingente der Union für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren
ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 2-5

10647/14

Beschluss des Rates vom 24. Juni 2014 über die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten des Harmonisierungsamtes für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) und zur Ernennung eines Vorsitzenden einer Beschwerdekammer des Harmonisierungsamtes für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) ABl. C 236 vom 22.7.2014, S. 2-3	10563/14
Beschluss des Rates zur Festlegung der finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten zum Europäischen Entwicklungsfonds im Jahr 2014, einschließlich der 2. Tranche 2014	10931/14
Verordnung (EU) Nr. 722/2014 des Rates vom 24. Juni 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1387/2013 zur Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte landwirtschaftliche und gewerbliche Waren ABl. L 192 vom 1.7.2014, S. 9-35	10656/14
Schlussfolgerungen des Rates zu Albanien	11281/14
INFORMATIONEN ZU DEN VOM RAT IM JUNI 2014 ANGENOMMENEN RECHTSAKTEN	
Schriftliches Verfahren vom 26. Juni 2014	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Beschluss 2014/401/GASP des Rates vom 26. Juni 2014 über das Satellitenzentrum der Europäischen Union und zur Aufhebung der Gemeinsamen Aktion 2001/555/CFSP betreffend die Einrichtung eines Satellitenzentrums der Europäischen Union ABl. L 188 vom 27.6.2014, S. 73-84	13710/13
Beschluss 2014/400/GASP des Rates vom 26. Juni 2014 zur Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union im Kosovo ABl. L 188 vom 27.6.2014, S. 68-72	10193/14